

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 34/3 (2007)

DOI: 10.11588/fr.2007.3.50768

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Ministère des Affaires étrangères, Commission de publication des documents diplomatiques français, Documents diplomatiques français 1946. Tome II (1<sup>er</sup> juillet–31 décembre), Brüssel, Bern, Berlin u. a. (P.I.E.-Peter Lang) 2004, XLI–876 S.

Der Rücktritt Charles de Gaulles als Chef der Provisorischen Regierung am 20.1.1946 markierte für die französische Außenpolitik keine Zäsur. Denn die vom Sozialisten Félix Gouin fortgeführte Koalition des *tripartisme* hielt an seinem Kurs der nationalen Unabhängigkeit fest. Wie der unter der Leitung von Georges-Henri Soutou erarbeitete zweite Halbjahresband 1946 der »Documents diplomatiques français« zeigt, verlor die französische Außenpolitik aber seit dem Sommer 1946 mehr und mehr ihre klare Linie. Eindrucksvoll belegen die auf fast 900 Seiten gedruckten 341 Dokumente aus dem Archiv des Quai d'Orsay, wie der in Europa aufflammende Kalte Krieg Frankreichs Anspruch auf Äquidistanz zu den Angelsachsen und den Sowjets untergrub und der in Indochina ausbrechende heiße Krieg die französischen Handlungsspielräume zusehends einengte.

Schon die im Juli eröffnete Pariser Konferenz über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit den ehemaligen Kriegsalliierten Hitler-Deutschlands verdeutlichte das Dilemma. Stetige Dissonanzen der Großen Drei über Grenzprobleme zwischen Italien und Jugoslawien oder Griechenland und Bulgarien animierten die selbst ernannte »grande puissance européenne« (S. 252f.) zu wiederholten Vermittlungsaktionen, doch der Erfolg blieb bescheiden. Mit Sorge beobachtete Frankreich, wie die Spannungen zwischen Ost und West nun auch das wichtigste Feld seiner Außenpolitik, die »deutsche Frage«, kontaminierten. Mit der auf der Pariser Außenministerratstagung gehaltenen Rede des Außenministers Molotow vom 10.7.1946 hatte die Sowjetunion, wie Soutou in seiner kurzen Einführung zu recht betont, die »Totenglocke« der französischen Deutschlandpolitik eingeläutet (S. XII). Moskau hielt unbeirrbar an einem einigen Deutschland fest und sprach sich dezidiert »contre la destruction de l'Allemagne et contre le fédéralisme« aus (S. 205). Nicht minder kritisch beurteilte Paris die Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vom 6.9.1946, denn auch sie schien die »tendances centralisatrices allemandes« zu begünstigen (S. 372). Frankreich hingegen wünschte keine politische, lediglich eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands, verlangte Maßnahmen gegen eine Remilitarisierung des östlichen Nachbarn und zielte auf ein »détachement politique de la Ruhr et de la Rhénanie« (S. 85) ab. Geradezu fundamentale Bedeutung maß man einer ausreichenden Belieferung mit deutscher Kohle zu, die als essentiell für den Wiederaufbau Frankreichs galt. Angesichts des »surpeuplement allemand« plädierte der Quai d'Orsay ferner für eine »distribution à travers le monde de 15 à 20 millions d'Allemands« (S. 24)!

Obwohl die französische Diplomatie also die Dominanzpolitik à la de Gaulle fortsetzte und das von ihm geschlossene Bündnis mit der Sowjetunion behutsam pflegte, erkannte sie sehr wohl, daß die ehemaligen Kriegsalliierten ihren Forderungen keinen Rückhalt boten. Zwar schreckte die Regierung davor zurück, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, da der *tripartisme* mit den bei den Parlamentswahlen im November siegreichen Kommunisten und die antideutsche Haltung der Öffentlichkeit eine Kehrtwende verboten. Gleichwohl aber machten sich im internen Diskurs Anzeichen einer europa- und deutschlandpolitischen Umorientierung bemerkbar. Zum einen forcierte Frankreich die ökonomische und währungspolitische Anbindung der Saar, die der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Jean Chauvel, Anfang Dezember glaubte gegen einen Anschluß der französischen Besatzungszone an die angelsächsische Bi-Zone einhandeln zu können. Zum anderen betrieb es unter maßgeblicher Einwirkung Chauvels und des Botschafters René Massigli eine Annäherung an Großbritannien. Ungeachtet des in London grassierenden Verdachts, daß die Franzosen vollständig »dans la main des Russes« seien (S. 808), stießen die Pariser Überlegungen in der Downing Street auf fruchtbaren Boden. Dank der Beilegung der beiderseitigen Streitigkeiten in der Levante und der französischen Bereitschaft zu einem Überdenken der eigenen Deutschlandpolitik gedieh die Fühlungnahme so gut, daß die letzte Provisorische Regie-

zung unter Léon Blum Ende Dezember eine »alliance franco-britannique« in Aussicht nahm (S. 819). Mit dem am 4.3.1947 – und damit außerhalb des Berichtszeitraums des vorliegenden Bandes – unterzeichneten Vertrag von Dünkirchen signalisierte die erste Regierung der neuen IV. Republik, daß Frankreichs Außenpolitik sich nach Westen zu orientieren begann.

Ulrich LAPPENKÜPER, Friedrichsruh

Archives de la présidence de la République, IV<sup>e</sup> République. Vincent Auriol, 16 janvier 1947–16 janvier 1954. René Coty, 16 janvier 1954–8 janvier 1959, Paris (Archives nationales) 2001, 402 S., ISBN 2-86000-288-X, EUR 30,00.

Unter den zahlreichen Schätzen des französischen Nationalarchivs gehören die Archives de la présidence de la République zu den Vorzeigebeständen. Entsprechend repräsentativ fallen auch die Findbücher aus. Großformatig, solide in Leinen gebunden und ansprechend bebildert, verzeichnet jenes für die 4. Republik (4 AG) die Bestände der beiden Staatspräsidenten Vincent Auriol (1947–1954) und René Coty (1954–1959).

Neu und besser hatte man es nach der unheilvollen Erfahrung des *État français* machen wollen, schließlich war der 4. Republik (1946–1958) aber doch eine sehr viel kürzere Lebensdauer beschieden als ihrer Vorgängerin (1875–1940). Diese hatte einst dem Bonapartismus eine klare Absage erteilt, den Staatspräsidenten fortan von den Kammern wählen lassen und ihm somit eine überwiegend repräsentative Funktion zugewiesen. Daran änderte auch die Verfassung von 1946 nicht viel. Das Staatsoberhaupt hatte zwar das Recht, den Regierungschef zu berufen, doch benötigte dieser das Vertrauen des Parlamentes. Der Schwerpunkt der Macht lag folglich erneut bei der Nationalversammlung. Und so wiederholten sich die Fehler der Geschichte. Indem die Abgeordneten der politischen Führung allzu rasch das Vertrauen entzogen, stürzten sie die 4. Republik in eine gouvernementale Instabilität, in der zwischen 1946 und 1958 mehr als 20 Kabinette aufeinanderfolgten. Erst die 5. Republik sollte daraus lernen und den Staatspräsidenten zum Machtzentrum werden lassen.

In der Zeit rasch wechselnder Regierungen sorgte somit allein das Amt des Präsidenten für Kontinuität. Mit Vincent Auriol erklomm 1947 zum ersten Mal ein Sozialist das höchste Staatsamt. Keineswegs zufrieden mit der ihm zugeschriebenen Rolle, weitete Auriol seine Befugnisse bis an die Grenzen des Möglichen aus und nutzte seine öffentlichen Auftritte als politisches Instrument. Reichhaltiges Schriftgut, darunter auch sein von Pierre Nora und Jacques Ozouf veröffentlichtes »Journal du Septennat« (552 AP), zeugt davon. Anders René Coty: Der Kompromißkandidat aus den Reihen der Unabhängigen legte sich politische Zurückhaltung auf, und so fällt auch das schriftliche Vermächtnis eher bescheiden aus.

Die ursprünglich 930 Kartons des Élysée wurden bei der Verzeichnung lediglich um die (vielen) Doppel erleichtert. Zentrale historische Quelle des Bestands sind – insbesondere für die Amtszeit Auriol – die Akten des Ministerrats mit Tagesordnungen und Sitzungsprotokollen. Auskunft über militärische und strategische Fragen der nationalen Verteidigung gibt das Schriftgut des comité de la Défense nationale. Darüber hinaus dokumentiert der Bestand 4 AG die Arbeit der beiden weiteren beim Präsidenten angesiedelten Institutionen, des Conseil supérieur de la magistrature sowie des Haut Conseil de l'Union française. Neben dem Blick in alle Aufgabenbereiche des Staatsoberhauptes sowie in Funktionen und Verwaltung des Élysée gewährt der Bestand schließlich auch Einsicht in die Büros der Präsidentengattinnen und deren soziales und karitatives Engagement. In ihrer thematischen Breite und Vielfalt spiegeln die Akten- und auch Fotobestände des Élysée die französische Nachkriegszeit mit all ihren Errungenschaften und Problemen, Wandlungen und Widersprüchen, Krisen und Kriegen wider.